

AUFRUF ZUR DEMO IN WIESBADEN AM 29.03.2025



**KEINE NEUEN
US-MITTELSTRECKENWAFFEN
IN DEUTSCHLAND,**

**BEFEHLSKOMMANDO IN
WIESBADEN AUFLÖSEN,**

**FRIEDENSGEBOT
DER HESSISCHEN VERFASSUNG
EINHALTEN!**

**AUFTAKTKUNDGEBUNG
12 UHR HAUPTBAHNHOF**

**ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
14.30 UHR KRANZPLATZ**

Art. 69 der Hessischen Verfassung:
**„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und
Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
Jede Handlung, die mit der Absicht
vorgenommen wird, einen Krieg
vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“**

Die Gefahr eines weltumspannenden Krieges ist derzeit so groß wie noch nie. Es besteht die reale Möglichkeit, dass wir in den atomaren Abgrund taumeln oder Opfer eines konventionellen Krieges werden. In dieser Situation sollen ab dem kommenden Jahr US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden. Gesteuert werden sollen sie über den Militärstandort Wiesbaden und eine Kommandozentrale im Stadtteil Mainz-Kastel.

Es sind Erst- und Enthauptungsschlagwaffen. Sie erhöhen die Krieggefahr und gefährden den Frieden. Die geplante Stationierung steht damit nicht im Einklang mit dem Friedensgebot in Artikel 69 der Hessischen Verfassung. Mit Hyperschallraketen kann in ca. 10 Minuten Moskau getroffen werden. Umgekehrt können in derselben Zeit russische Raketen als Erst- oder Gegenschlag hier einschlagen. Wegen der hohen Geschwindigkeit der Raketen kann es leicht zu Fehlreaktionen kommen, denn bei einem Alarm bleibt keine Zeit für eine überlegte Entscheidung.

Die am 10.07.2024 verkündete Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung erfolgte ohne jede vorherige öffentliche und parlamentarische Diskussion. Abrüstungsverhandlungen und ggf. ein Stationierungs-Moratorium sind nicht vorgesehen.

Wir fordern:

- Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland zu unterbinden.
- Das US-Raketenbefehlskommando in Mainz-Kastel abzuziehen und weder dort noch anderswo in Deutschland zu stationieren.
- Das Projekt zur Entwicklung eigener europäischer Mittelstreckenwaffen [ELSA] zu stoppen.
- Verhandlungen über eine Neuauflage des INF-Vertrages anzustreben, der von 1988 bis 2019 Mittelstreckenraketen in Europa verboten hat.
- Kriege und Konflikte diplomatisch statt militärisch zu lösen.
- Weltweit für eine sichere und friedliche Zukunft einzutreten, auch in Zusammenarbeit mit politischen Gegnern und Konkurrenten.
- Wir richten unsere Forderungen an alle zuständigen Entscheidungsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.



Zur Finanzierung der Demo und weiterer friedenspolitischer Aktionen bitten wir um Spenden
Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt,
Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90
Kontakt: info@frieden-und-zukunft.de